

24. März 2006

ETA verkündet „unbefristeten Waffenstillstand“ - Auswirkungen auf Spaniens politische Landschaft -

Nach hartnäckigen Spekulationen in den vergangenen Monaten verkündete die baskische Terrororganisation ETA am 22. März eine „dauerhafte Waffenruhe“. Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein. Zwar waren in den vergangenen 30 Jahren immer wieder Waffenruhen ausgerufen worden, diese erwiesen sich jedoch als brüchig. Dieses Mal scheint die Situation anders zu sein. Gerüchten zufolge gab es in den vergangenen Monaten Kontakte zwischen der Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero und der ETA über eine Beendigung der Gewalt. Auch spielt das Timing der Ankündigung eine wichtige Rolle, denn am 30. März wird das spanische Parlament über die Reform des katalanischen Autonomiestatuts entscheiden.

Über die Fernseh- und Rundfunkanstalten, die ihre Programme kurzfristig änderten und sich ganz der Berichterstattung über den Waffenstillstand widmeten, verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer. Die Reaktionen waren geprägt von Hoffnung und Erleichterung auf der einen Seite sowie von Skepsis und Misstrauen auf der anderen Seite. Die Reaktionen der Politik, insbesondere von Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) und Oppositionsführer Mariano Rajoy (PP) ließen nicht lange auf sich warten. Abends diskutierten Politiker, Experten, Terroropfer und Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen in von allen Sendern eingerichteten Spezialsendungen und politischen Diskussionsrunden bis in die späte Nacht über die Konsequenzen, Chancen und Risiken eines möglichen Verhandlungsprozesses mit ETA. Das Bild der drei verummten ETA-Terroristen, welche die Video-Botschaft verkündet hatten, prangte am nächsten Morgen auf den Titelseiten aller spanischen Zeitungen, die meist mit Extraformaten aufmachten. Die Reaktionen von Politik, Medien und Öffentlichkeit zeigen die Bedeutung, die der Waffenstillstandserklärung der ETA beigemessen wird. Bei aller angebrachten Skepsis und Vorsicht besteht die Hoffnung, dass es ETA – nach mehreren taktischen Waffenstillständen im Laufe ihrer Geschichte – dieses Mal ernst damit sein könnte, dem Beispiel der irischen IRA zu folgen und die Waffen nach einem Verhandlungsprozess mit der spanischen Regierung endgültig niederzulegen. Doch bleibt die Skepsis, denn das Timing der angebotenen Waffenruhe deutet darauf hin, dass die baskische Terrororganisation zu ihren Gunsten Einfluss auf die politische und öffentliche Meinung nehmen will. Das Ziel der ETA, die Unabhängigkeit des Baskenlandes, hat sich mit der Erklärung nicht geändert, jedoch die Strategie.

Der Waffenstillstand, der um Mitternacht des 24. März in Kraft trat, wirft zahlreiche Fragen hinsichtlich der politischen Lage in Spanien auf. Welche Möglichkeiten bieten sich nun an, den zusammengebrochenen Antiterrorpakt zwischen PSOE und PP wieder aufleben zu lassen? Wie wird sich die konservative Volkspartei verhalten, nachdem sie die von Zapatero vollzogene Wende in der Antiterrorpolitik stets als fatal bezeichnet hatte. Welche Risiken geht Zapatero ein? Wie wird der Reformprozess im Baskenland beeinträchtigt? Welche Konsequenzen ergeben sich für die politische Landschaft?

Fakten und Hintergründe

Am 22. März um 12.30 Uhr verkündete die baskische Terrororganisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna / Baskenland und Freiheit), die von der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen als terroristische Vereinigung eingestuft ist, in einer über die baskische Rundfunkanstalt EITB verbreiteten Videobotschaft einen „dauerhaften Waffenstillstand“, der am 24. März 2006 um 00.00 Uhr beginnen sollte. Ziel dieser Entscheidung sei es, einen „demokratischen Prozess“ im Baskenland anzustoßen, „um einen neuen Rahmen zu schaffen, in dem unsere Rechte anerkannt werden, die uns als Volk zustehen“, heißt es in dem Kommuniqué. Zudem solle so die „Entwicklungsmöglichkeit aller politischer Optionen“ sichergestellt werden. Am Ende dieses Prozesses sollen die baskischen Bürger das Recht haben, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden, so die Forderung der Terroristen. Die drei verummten Terroristen beschlossen ihre rund einminütige Botschaft mit den Worten: „Die Überwindung des Konflikts ist heute und jetzt möglich. Dies ist der Wunsch und der Wille der ETA.“

Am 23. Februar veröffentlichte die ETA über die baskischen Tageszeitung *Gara* ein weiteres Kommuniqué, welches im Wesentlichen dem Wortlaut der Videobotschaft vom Vortag entspricht, ihr aber noch einige Details hinzufügt. So ruft ETA explizit die eigene Anhängerschaft dazu auf, sich an dem demokratischen Prozess zu beteiligen „und für die Rechte zu kämpfen, die uns als Volk zustehen.“ Weiterhin erklärt ETA, „dass alle baskischen Vertreter an diesem Prozess zu beteiligen seien, wobei „Pluralität und Ganzheit“ des Baskenlands zu beachten seien. Es sei nun „Zeit für Kompromisse“ und der „Moment für tief greifende Entscheidungen, die von Worten in Taten übergehen müssten“, so ETA weiter.

Von den Experten und Analysten, die schon am 22. März über die Absichten und Zielsetzungen der ETA diskutiert hatten, wurde das zweite schriftliche Kommuniqué als „leichte Ausweitung“ und „Bekräftigung“ des ernsthaften Verhandlungswunsches der ETA interpretiert. Die Tatsache, dass die Terrororganisation erstmals in ihrer Geschichte von einem „dauerhaften Waffenstillstand“ spricht und damit eine Sprache wählt, welche an die Sprache der IRA und den Friedenprozess in Nordirland erinnert, nährt die Hoffnung in Spanien, dass ETA diesmal tatsächlich bereit sein könnte, den Terrorismus einzustellen und die Waffen definitiv niederzulegen. Frühere temporäre Waffenruhen und Verhandlungen hatten sich stets als Täuschung der Terrorbande herausgestellt. So war der letzte Waffenstillstand 1998/99 von der Bande dazu genutzt worden, sich organisatorisch neu aufzustellen und materiell aufzurüsten. Dem Bruch dieses Waffenstillstandes im Dezember 1999 folgte dann eine verheerende Terrorwelle mit 274 Attentaten und 46 Todesopfern. Seit Mai 2003 hat es trotz fortgesetzter Anschläge jedoch keine Todesopfer mehr gegeben. Die sozialistische Re-

gierung von José Luis Rodríguez Zapatero nahm dies wiederholt zum Anlass, von einem günstigen Klima zur Beendigung des ETA-Terrorismus zu sprechen. Am 17. Mai 2005 ließ sie sich vom spanischen Kongress dazu autorisieren, einen Verhandlungsprozess mit ETA zu eröffnen, falls die Terrororganisation zuvor ein „endgültiges Niederlegen der Waffen“ erkläre. Lediglich die oppositionelle Volkspartei stimmte damals gegen die Resolution des Abgeordnetenhauses. Einen Monat nach dem Zeichen des Entgegenkommens durch die Regierung Zapatero erklärte ETA am 18. Juni 2005 den Verzicht auf Attentate gegen „Mandatsträger der spanischen politischen Parteien“. Vertreter der Polizei- und Sicherheitskräfte oder Unternehmen, die sich der Zahlung der von ETA geforderten Revolutionssteuer verweigerten, blieben dagegen weiterhin Ziel von ETA-Anschlägen. Ein Teilwaffenstillstand herrschte bereits in Katalonien. Denn nachdem Josep Lluís Carod-Rovira, der Chef der linksnationalistischen, katalanischen ERC, der ETA in Geheimverhandlungen im französischen Perpignan die politische Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen im Baskenland zugesichert hatte, erklärten die Terroristen am 18. Februar 2004 die Aussetzung ihrer Aktionen auf katalanischem Territorium.

Mehrere Faktoren bestärkten seitdem immer wieder die Gerüchte um das baldige Ende der Terrororganisation. Fortgesetzte polizeiliche Ermittlungserfolge und die Festnahme von hochrangigen Führungsmitgliedern der ETA sowie die Tatsache, dass die Terroristen keine Todesopfer mehr verursachten, spielten dabei eine wichtige Rolle. Hinzu kam das schreckliche Ausmaß der von radikal-islamistischen Terroristen am 11. März 2004 in Madrid verübten Anschläge, das die Handlungsmöglichkeiten der ETA beschränkte. Denn hatte sich die spanische Gesellschaft bis dato bis zu einem gewissen Grad mit den Terrorakten der ETA abgefunden oder sie – beispielsweise in den Teilen der baskischen Gesellschaft, die eine Unabhängigkeit befürworteten – sogar geduldet, setzte sich seit den Madrider Terroranschlägen eine Mentalität der Nulltoleranz gegenüber dem Terrorismus im kollektiven Gedächtnis der spanischen Gesellschaft fest. Weitere Todesopfer konnten den politischen Zielen der ETA vor diesem Hintergrund nur schaden. Während die gesellschaftliche Akzeptanz des terroristischen Kampfes der ETA für ihre politischen Ziele immer stärker bröckelte, zeigte gleichzeitig das Beispiel der katalanischen Nationalisten, dass man auch auf politischem Weg weit reichende Autonomierechte durchsetzen kann. Es mag daher vielleicht kein Zufall gewesen sein, dass die lange ersehnte Waffenstillstandserklärung der ETA nur einen Tag nach der Verabschiedung des neuen Katalanischen Autonomiestatuts durch den Verfassungsausschuss des spanischen Parlaments veröffentlicht wurde. In dem Text, der am 30. März zur Abstimmung im Plenum steht, wird Katalonien – wenn auch nur in der Präambel – als „Nation“ bezeichnet, eine Formulierung, die die katalanischen Nationalisten historische Dimension beimaßen. Wie ERC-Chef Carod-Rovira klar machte, bedeutet dies allerdings noch lange nicht, dass man das Fernziel Unabhängigkeit ad acta legt. Es ist nicht auszuschließen, dass das Beispiel Katalonien zu einem Mentalitätswandel bei der ETA geführt hat. Politische Kommentatoren halten es sogar für möglich, dass Zapateros Katalonienpolitik genau dies zum Ziel hatte.

Vor dem Hintergrund sich verdichtender Anzeichen für Bewegung innerhalb der ETA verkündete der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero am 10. Februar 2006, man befinde sich nun „im besten Augenblick seit vielen Jahren, um den Beginn vom Ende der Gewalt absehen zu können.“ Zapatero begründete diese Hoffnung mit ihm vorliegenden Informationen, zu denen er allerdings keine genaueren Angaben machte. Die erhoffte Reaktion der ETA blieb aber zunächst aus. Statt-

dessen schienen die Vorkommnisse der letzten Wochen die Worte des Regierungschefs Lügen zu strafen. ETA startete eine aggressive Erpressungskampagne gegen baskische Unternehmen und intensivierte ihre Anschläge, auch wenn es dabei „nur“ zu Sachschäden kam. Auch die radikal-nationalistisch motivierte Straßengewalt im Baskenland nahm wieder zu. Nichtsdestotrotz hielt die Regierungspartei an ihrer Überzeugung fest, das Klima für einen Friedensprozess sei günstig. Eine allzu scharfe Verurteilung der Gewalttaten durch die Regierung blieb dagegen aus, was die Opposition und die Verbände der Terroropfer wiederholt kritisierten. Erst vergangenen Sonntag erklärte der PSOE-Organisationssekretär José Blanco optimistisch, das Ende der Gewalt sei näher denn je. Offenbar stützten Zapatero und sein engster Kreis von Vertrauten ihre Erklärungen auf entsprechende Geheimdienstinformationen. Inzwischen berichten die spanischen Medien, gestützt auf nicht genannte Quellen, dass es schon seit Monaten über Mittelsmänner in der Schweiz und Norwegen indirekte Kontakte zwischen der Regierung Zapatero und ETA gegeben habe, um die Grundzüge eines möglichen Verhandlungsprozesses festzulegen. Eine besondere Rolle sollen dabei auch Personen aus dem Umfeld der irischen IRA gespielt haben, die traditionell über gute Kontakte zur ETA verfügte. Die Tatsache, dass die Terrororganisation ihre Anschläge vor diesem Hintergrund nicht reduzierte, sondern ganz im Gegenteil in den Wochen vor Bekanntgabe des Waffenstillstands sogar noch verstärkte, erklärten Terrorexperthen mit dem Wunsch der ETA, Stärke und volle Operationsfähigkeit zu beweisen. Die Terroristen wollten so demonstrieren, dass sie den Waffenstillstand aus freien Stücken und nicht etwa aus einer Situation der Schwäche erklärten.

Erste Reaktionen – Zwischen Hoffnung und Skepsis

Als das ETA-Kommuniqué am 22. März um 12.30 Uhr publik wurde, waren die Reaktionen zunächst verhalten. Während Regierungschef Zapatero, der nach Angaben der Tageszeitung *El Mundo* bereits eine halbe Stunde zuvor vom spanischen Geheimdienst informiert worden war, versuchte, mit Oppositionsführer Mariano Rajoy Kontakt aufzunehmen, war es Vizeministerpräsidentin María Teresa Fernandez de la Vega, die zuerst für die Regierung Stellung bezog. Sie begrüßte die Ankündigung des Waffenstillstandes durch ETA als „gute Nachricht“ und bat alle politischen Kräfte um Unterstützung und Umsicht. Gleichzeitig warnte sie aber vor übereilter Euphorie. Man müsse nun „vorsichtiger sein als je zuvor“, betonte Zapateros Stellvertreterin. Zugleich rief sie alle politischen Kräfte zur Unterstützung der Regierung auf, um ein Ende der Gewalt herbeizuführen.

Gegen 14.30 Uhr nachmittags trat der Vorsitzende der oppositionellen Volkspartei, Mariano Rajoy, vor die Presse und verlas eine Erklärung seiner Partei, die von starker Skepsis geprägt war. Das einzige, was man von ETA erwarte, sei ihre Auflösung und das Ende all ihrer kriminellen Aktivitäten. Genau dies sei aber nicht geschehen, so Rajoy. Die ETA-Botschaft enthalte keinen endgültigen Gewaltverzicht sondern lediglich eine „Pause“. ETA bekräftige damit nur ihre Absicht weiterzumachen; sie zeige weder Reue noch würde sie die Opfer um Vergebung bitten. Außerdem verlange die Terrororganisation weiterhin das „Selbstbestimmungsrecht des Baskenlandes“ und stelle dieselben Bedingungen wie immer, so Rajoy. Der Vorsitzende forderte die Regierung auf, keinesfalls einen politischen Preis an die Terroristen zu zahlen. Außerdem müssten die Sicherheitskräfte unbeirrt von der Waffenstillstandserklärung weiterhin ihre Pflicht im Kampf gegen die ETA erfüllen. Zugleich erneuerte Rajoy sein

Angebot, die Regierung im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen, wenn diese garantiere, dass es keine politischen Zugeständnisse an ETA gebe und der Rechtsstaat weiter mit allen gesetzmäßigen Mitteln gegen die Terroristen vorgehe.

Mit Spannung wurde daraufhin die Reaktion von Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero erwartet, der einige Stunden nach Bekanntwerden des ETA-Waffenstillstandes in der Aktuellen Stunde im spanischen Parlament Stellung bezog. Er versicherte, dass die Haltung der Regierung angesichts dieser Neuentwicklung von „Zurückhaltung und Vorsicht“ geprägt sein werde. Zugleich rief er zum Gedenken an die Opfer der ETA und zur Einheit aller Parteien auf. Zapatero mahnte weiterhin vor überstürzten Schlussfolgerungen. Jeglicher Friedensprozess nach so vielen Jahren des Schreckens werde lang und schwierig werden, so der Regierungschef. Der oppositionellen Volkspartei versprach er „maximale Information und Kooperation“. Das Ende der Gewalt sei eine Staatsangelegenheit und müsse daher gemeinsam angegangen werden, insbesondere mit der Opposition, so Zapatero. In einer anschließenden Pressekonferenz erklärte der Regierungschef, er wolle sich erst mit Oppositionsführer Mariano Rajoy und dann mit dem baskischen Ministerpräsidenten Juan José Ibarretxe treffen, um die Lage zu analysieren. Das Treffen mit Mariano Rajoy wird am 28. März stattfinden.

Die Reaktionen des baskischen Ministerpräsidenten Juan José Ibarretxe ließen dagegen alle Zurückhaltung vermissen. Nach einer Dringlichkeitssitzung seines Kabinetts verlas er eine Erklärung in spanischer und baskischer Sprache. Darin äußerte Ibarretxe „seine Freude darüber, dass ETA endlich auf die baskische Gesellschaft gehört habe“. Zugleich erklärte der Ministerpräsident, er habe bereits „Kontakte mit den Repräsentanten aller politischen Kräfte im Baskenland aufgenommen, um das neue Szenario der Hoffnung auszuwerten“. Seine Regierung werde jetzt Vorverhandlungen ohne Ausschluss einer politischen Gruppe aufnehmen, um Zeitablauf, Prinzipien und Methoden sowie die Inhalte des Dialogs zu konkretisieren, der dann in die Konstituierung eines Verhandlungstisches aller baskischen Parteien münden soll. Dieser solle eine Vereinbarung zur Normalisierung der politischen Lage erarbeiten, welche dann einer Volksbefragung zu unterziehen sei, erklärte Ibarretxe.

Die Pläne des baskischen Ministerpräsidenten stoßen jedoch auf den erbitterten Widerstand der baskischen PP, da sie de facto die Legalisierung der 2003 verbotenen Batasuna-Partei, dem politischen Arm der ETA, bedeuten. Sie würde nach den Plänen Ibarretxes als gleichberechtigter Gesprächspartner am Verhandlungstisch der baskischen Parteien sitzen. Die PP-Vorsitzende im Baskenland, María San Gil, wirft Ibarretxe von der baskisch-nationalistischen PNV seit langem ein „komplizenhaftes“ Verhalten im Umgang mit ETA vor. Die Ankündigung des ETA-Waffenstillstandes weist San Gil entsprechend zurück. „Ein Waffenstillstand reiche nicht, man müsse zurück blicken und sehen, was ETA in den letzten 30 Jahren verbrochen habe. Mit Blick auf die Haltung der Regierung Zapatero in der Antiterrorpolitik äußerte San Gil: „Es war klar, dass ETA angesichts der ständigen Zugeständnisse Zapateros etwas unternehmen musste.“ „ETA braucht Zapatero in der Moncloa [Spanischer Regierungssitz]“, so die scharfe Kritik der PP-Vorsitzenden im Baskenland.

Auch Politiker anderer politischer Parteien wie von der PSOE sowie politische Kommentatoren wiesen die Aussagen von Ibarretxe als „überstürzt“ und „verfrüht“ zurück. PSOE-Vertreter äußerten, das Heft des Handels liege einzig und allein bei Regierungschef Zapatero. Ibarretxe hätte sich mit seinem „Schnellschuss“ nur profilieren

wollen, um bei dem im Raum stehenden Verhandlungsprozess nicht marginalisiert zu werden.

Äußerst skeptisch äußerten sich erwartungsgemäß die Opferverbände. Der Präsident des Verbandes der Terrorismusopfer (AVT), José Alcaraz, bezeichnete den Waffenstillstand als „Falle“. ETA wolle damit nur das erreichen, was sie durch 1.000 Tote nicht geschafft habe, nämlich die Selbstbestimmung des Baskenlands, so der AVT-Präsident. Alcaraz beschuldigte die Regierung zudem, Informationen verheimlicht zu haben. Zwar zeigte er sich „zufrieden“ über den Waffenstillstand, forderte jedoch, dass damit keine Freilassungen von ETA-Häftlingen verbunden werden dürften. Auch die laufenden Gerichtsprozesse wie beispielsweise gegen den Chef der illegalen ETA-Partei Batasuna, Arnaldo Otegi, dürften von der Ankündigung des Waffenstillstands nicht beeinträchtigt werden, so die Forderung des AVT.

Für Aufregung sorgte die Aussage des Generalstaatsanwaltes Candido Conde Pumpido, der Richter und Staatsanwälte dazu aufrief, die „die neue Situation mit zu bedenken“, wenn Entscheidungen über Haftentlassungen bzw. -verlängerungen von ETA-Verdächtigen anstünden. Mit Blick auf den derzeitigen Prozess gegen den Batasuna-Führer Otegi, dem wegen des Aufrufens zu illegalen Versammlungen und Verherrlichens baskischer Terroristen eine Haftstrafe droht, äußerte Pumpido, dessen Status verlange „aus der Perspektive der neuen Umstände, in denen man sich nun befände, eine nüchterne Reflektion“. Das bedeutet in der Übersetzung nichts anderes als die Empfehlung zur Verhängung einer Bewährungsstrafe für Otegi. Insbesondere die Volkspartei und die Vertreter der Opferverbände wiesen diese Aussagen scharf zurück und forderten, dass die bloße Ankündigung eines Waffenstillstands nicht die unabhängigen Entscheidungen der Justiz beeinflussen dürfe. Ein politischer Preis in Form von Strafnachlässen an die ETA-Terroristen dürfe nicht gezahlt werden. In den politischen Diskussionsrunden am Abend bezeichneten Kommentatoren und Vertreter verschiedener politischer Parteien die Aussagen Pumpidos als „unangebracht“ oder im besten Falle „unglücklich“.

Verteidigungsminister, José Bono, der innerhalb der Regierung Zapatero als Vertreter einer kompromisslosen Linie im Kampf gegen ETA gilt, betonte angesichts der vielfach geäußerten Bedenken wegen eines möglichen Nachlassens in der Antiterrorpolitik, der Kampf des Rechtsstaats gegen den Terrorismus gehe unvermindert weiter. „Es soll sich niemand irren. Geheimdienst, Guardia Civil und Polizei befinden sich nicht in einem Waffenstillstand mit den Terroristen“, so Bono nachdrücklich.

Mit vorsichtigem Optimismus begrüßte die gemäßigt katalanische Partei CiU den ETA-Waffenstillstand. Ihr Sprecher im spanischen Parlament, Josep Duran i Lleida, sicherte der Regierung Zapatero seine Unterstützung zu. Zugleich warnte er, der bevorstehende Waffenstillstandsprozess werde in jedem Fall komplex und langwierig sein. Die Regierung müsse aber die gebotene Chance nutzen und versuchen eine Verhandlungslösung herbeizuführen, auch wenn sie dabei scheitern sollte. Dieses Recht müsse ihr zugestanden werden, so Duran i Lleida.

Bewertung: Zapatero am Ziel einer erfolgreichen Antiterrorpolitik?

Seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der ETA vor fast 38 Jahren, der mehr als 800 Menschen das Leben gekostet hat, hat es mehrmals Waffenstillstandsangebote

geben. Alle erwiesen sich nach kurzer Zeit entweder als brüchig oder als Finte. Dass es in den vergangenen Jahren keine Tote mehr gab, hat sicherlich zahlreiche Gründe. Zum einen hatten die Regierungen vor Zapatero einen unerbittlichen Kampf gegen die ETA geführt, vor allem unter dem konservativen Regierungschef José María Aznar. Diese Antiterrorpolitik stärkte die spanischen Sicherheitskräfte und schwächte gleichzeitig die ETA. Logistik- sowie Nachwuchsprobleme bereiteten der Terrororganisation zusätzliche Schwierigkeiten. Darüber hinaus wehrten sich zunehmend baskische Mittelstandsbetriebe, die so genannte „Revolutionssteuer“ zu zahlen. Auch die öffentliche Meinung änderte sich, vor allem nach dem 11. März 2004, als 191 Menschen bei den Madrider Anschlägen ihr Leben verloren. Auch wenn es sich – zum Nachteil der Volkspartei, die drei Tage danach die Parlamentswahl verlor – herausstellte, dass islamistische Zellen, die der Al Kaida zugerechnet wurden, den tödlichen Anschlag verübt hatten, so bestehen dennoch Zweifel an der Unschuld der ETA. Noch immer halten sich hartnäckig Gerüchte um logistische Unterstützung bei der Beschaffung des Sprengstoffs. Die Madrider Anschläge haben die Spanier wieder aufgerüttelt, die beinahe gleichgültig die ETA-Anschläge zur Kenntnis nahmen. Bis dahin hatte Spanien mit dem „punktuellen“ Terrorismus gelebt. Seit dem 11. März schlug die Stimmung der Bevölkerung auf Nulltoleranz gegen jeglichen Terrorismus um.

Ministerpräsident Zapatero unternahm nach seiner überraschenden Wahl einen gewagten Gang. Er verkündete ohne Abstimmung mit der konservativen Opposition das Ziel, den ETA-Terror friedlich zu beenden. Dies führte zwar nicht zu einem abrupten Ende aller Gewalttätigkeiten, doch war das Signal an die ETA ausgesandt, Verhandlungen aufzunehmen, wenn die ETA ihre Waffen niederlegt. Die strategische Wende der Zapatero-Regierung war innerhalb Spaniens heftig umstritten und führte zum Bruch des langjährigen Konsenses zwischen den Parteien über die Antiterrorpolitik. Die Opferverbände – begleitet von zahlreichen Oppositionspolitikern – zogen daraufhin in Massenprotestaktionen durch die Straßen Madrids. Die Botschaft der Opposition war klar: Mit Terroristen könne man nicht verhandeln. Die unnachgiebige Haltung der Volkspartei und die Tatsache, dass das spanische Volk aus langjähriger Erfahrung der ETA misstraut, schien berechtigt zu sein, als die ETA weiterhin Anschläge verübte. Dies zahlte sich für die Volkspartei nicht zuletzt in den Umfragen aus, denn die sozialistische Regierung verlor kontinuierlich Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern.

Die Ankündigung eines unbefristeten Waffenstillstandes mag auf dem ersten Blick angesichts einer Reihe brüchiger Waffenruhen wenig Bedeutung zu haben. Doch in diesem Fall spielt das Timing eine entscheidende Rolle. Denn zum einen steht der Führer der illegalen ETA-nahen Batasuna-Partei, Arnaldo Otegi, vor Gericht, dem Haft droht. Der Waffenstillstand kann sich auf das Urteil mäßigend auswirken. In einer ersten Reaktion hat Spaniens Generalstaatsanwalt diese Option seinen Gerichten unmittelbar nach der Ankündigung empfohlen. Zwar hält die Staatsanwaltschaft ihren Antrag auf Haftstrafe weiter aufrecht, doch die Anhörung Ortegis wurde wegen gesundheitlicher Probleme des Angeklagten erneut um einige Tage verschoben. Zum zweiten steht das spanische Parlament vor der entscheidenden Abstimmung über die Reform des katalanischen Autonomiestatuts am 30. März. Der Verfassungsausschuss hat – gegen die Stimmen der Volkspartei – das neue Statut bereits angenommen und zur Verabschiedung an das Parlament weitergeleitet. Der von der ETA verkündete Waffenstillstand ist ein deutliches Signal an Parlament und Volk. Die ETA gibt damit zu erkennen, dass sie den friedlichen Weg Kataloniens zur Unabhän-

gigkeit respektiert und unterstützt. Auch wenn das neue Statut keine Unabhängigkeitserklärung Kataloniens beinhaltet, so zeigen die Äußerungen diverser katalanischer Nationalisten wie die von ERC-Chef Carod-Rovira, dass der friedliche „Kampf“ um die Unabhängigkeit der „historischen“ Region einen ersten Erfolg gezeitigt hat. Es kann derzeit nur spekuliert werden, ob die ETA-Terroristen das katalanische Autonomiestatut als ernsthaftes Modell für das Baskenland betrachten. Eines ist aber klar: Die ETA will die Stimmung in Spanien positiv zugunsten des Baskenlandes verändern. Katalonien ist in diesem Zusammenhang ein idealer Verbündeter, der den „Freiheitskampf“ der Basken fördern kann. Spekuliert man weiter, so könnte man glauben, dass die Spanier nach Auffassung der ETA denken sollen, der erfolgreiche Kampf der Katalanen habe sich mäßigend auf die ETA ausgewirkt. Dies wiederum soll den allgemeinen Eindruck bestärken, das neue Autonomiestatut sei trotz des heftigen innenpolitischen Streits etwas Positives und Erstrebenswertes. Insgesamt ist daher – vorsichtig formuliert – zu vermuten, dass es die ETA mit ihrem Waffenstillstand ernst meint. Sie will dadurch ihre Glaubwürdigkeit herstellen. Vermutlich erhofft sie sich, auf diese Weise, ihre politische Vertretung wiederzuerlangen, die sie seit dem Verbot von Batasuna im Jahre 2002 verloren hat. Darüber hinaus benötigt sie eine neue Anhängerschaft in der Bevölkerung, die ihr mit den Madrider Anschlägen von 2004 größtenteils abhanden gekommen ist. Schließlich muss die ETA, die keineswegs homogen zu sein scheint, ihre Terrororganisation unter Kontrolle bringen. Zu sehr verbirgt sich hinter mancher radikalen Zelle die Gefahr eines Anschlags, der die gesamte Situation destabilisieren könnte.

Regierung und Opposition sind sich der Risiken bewusst. Insofern sind die ersten Reaktionen der großen Parteien sehr vorsichtig formuliert. Für Zapatero ist die Ankündigung der ETA eine Bestätigung seiner Antiterrorpolitik. Er bleibt aber skeptisch optimistisch, um nicht den Eindruck einer Euphorie zu erzeugen. Ein erneuter Anschlag radikaler ETA-Abtrünniger, die den eingeschlagenen Weg nicht mittragen wollen, könnte die Glaubwürdigkeit Zapateros zerstören. Daher lässt er die Botschaft aussenden, sich Zeit nehmen zu wollen, um die Ernsthaftigkeit des Waffenstillstandes in aller Ruhe – auch mit der Opposition – zu prüfen. Ebenso vorsichtig reagierte Oppositionsführer Mariano Rajoy, der nicht den Eindruck erwecken will, die Volkspartei habe mit ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber den Zapatero-Kurs nur Unrecht gehabt. Er bietet daher der Regierung seine Zusammenarbeit an und lässt damit den tot geglaubten Antiterrorpakt zwischen PSOE und PP wieder aufleben. Für Rajoy und seine Partei wäre es in der Tat fatal, wenn sich erweisen würde, Zapatero hätte aller „Schlechtrednerei“ durch die PP zum Trotz letztendlich doch Recht gehabt. Eines jedenfalls scheint sich wieder zu bestätigen: Zapatero ist ein Vabanque-Spieler, der viel riskiert, aber auch viel gewinnen kann. Die ETA braucht Zapatero und ist sich deswegen sehr wohl bewusst, dass Zapatero auch abstürzen kann, wenn es wiederholt zu Anschlägen kommt. Gelingt es der ETA, den Waffenstillstand zu halten, ist dies eine Möglichkeit, den Ministerpräsidenten im Amt zu behalten. Gewiss, den Eindruck, dass er mit Hilfe der ETA in zwei Jahren wiedergewählt werden könnte, wird Zapatero vermeiden wollen. Zu sehr spukt innerhalb der Anhängerschaft der alten Regierung noch der Gedanke durch die Köpfe, Zapatero sei durch die Madrider Anschläge ins Amt „gebombt“ worden. Daher wird Zapatero keine Gelegenheit auslassen, immer wieder zu betonen, dass er nach wie vor den Terrorismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen wird.

Für die Volkspartei bleibt die Situation brenzlich. Die Erfahrung der vergangenen 30 Jahr hat zwar gezeigt, dass alle Waffenstillstandsankündigungen durch die ETA Ma-

kulatur waren. Aber viele Indizien sprechen dafür, dass es dieses Mal anders laufen könnte. Eine kategorische Ablehnung des Waffenstillstandsangebotes kann sich die PP nicht leisten; daher die Umsicht, mit der Rajoy in seiner ersten Reaktion vorgegangen ist. Da ist es aus Sicht der PP schon besser, zunächst einmal auf den Zug zu springen, als nachher Lügen gestraft zu werden. Das wäre in der Tat die vorbestimmte Niederlage bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahre 2008, falls es nicht bereits im Mai 2007 – wie manche Gerüchte bereits hergeben – zu einer vorgezogenen Wahl kommt. Jedenfalls muss die Volkspartei nun beweisen, dass sie die Ankündigung auch ernst nimmt und konstruktiv mit der Regierung zusammenarbeitet, wenn sie nicht auf Dauer in die politische Bedeutungslosigkeit fallen will.

Für Zapatero ist die Ankündigung wohlmöglich politisch ein Glücksfall. Denn am Ende einer umstrittenen und langwierigen Debatte über Kataloniens Autonomiereform steht er vor einem Erfolg. Mit der Ankündigung eines Waffenstillstandes durch die ETA kann er die Dynamik im Reformprozess beibehalten, indem er die Reform des baskischen Autonomiestatuts wieder auf die politische Agenda hievt. Da wird sich zwar erwartungsgemäß der Widerstand durch die PP regen; aber sie büßt an Glaubwürdigkeit ein, nachdem sich herausgestellt haben wird, dass Spanien – trotz ihrer ständigen Warnung vor der „Balkanisierung Spaniens“ – noch nicht auseinander gebrochen ist. Die Reform im Baskenland dürfte wesentlich leichter zu verabschieden sein, denn Zapatero – vorausgesetzt der Waffenstillstand hält – kann damit rechnen, dass die Basken bereit sind, dem katalanischen Modell zu folgen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich für den Vabanque-Spieler Zapatero die Lage verbessert hat. Das Risiko bleibt hoch, aber der Gewinn könnte wesentlich höher sein. Denn wenn er es schafft, dem Terror wirklich ein Ende zu setzen, steht er nicht nur als Sieger bei den nächsten Wahlen fest, sondern kann auch ein wichtiges Kapitel spanischer Geschichte schreiben. Es wäre wohl ein Treppenwitz, wenn ausgerechnet Zapatero, dessen eigene Partei ihn bis zu seiner Kandidatur und dem überraschenden Wahlsieg als Versager betrachtete, als Held in die Geschichtsbücher einginge. Es bleibt zu hoffen, dass der Terror endlich ein Ende findet und ein friedlicher Prozess eingeleitet wird, der ganz Spanien nach dem Zusammenbruch des langjährigen Konsenses zwischen Regierung und Opposition wieder vereint.

Michael Däumer / Stefan Reith